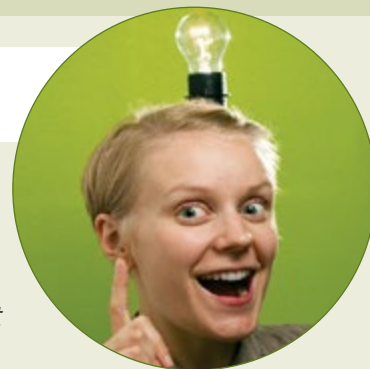


INSPIRATIONEN/INFORMATIONEN

übrigens

wird Deutschland ab 2050 nicht mehr das größte Land der Europäischen Union sein. Dann werden hierzulande 75 Millionen, im Vereinigten Königreich 77 Millionen und in der Republik Frankreich 74 Millionen Einwohner leben. Schon 2080 wird Deutschland deutlich hinter Großbritannien und Frankreich auf den dritten Rang zurückgefallen und auch von Italien eingeholt worden sein. Dann werden zwischen Rhein und Oder genauso wie zwischen Alpen und Sizilien nur noch 65 Millionen Menschen leben, in Frankreich dagegen 79 Millionen und im Vereinigten Königreich gar 85 Millionen.



AUS UNSERER SERIE „STATISTIK KOMMUNAL“

Europäische Demografie-Szenarien

Deutschland verliert seinen Status als größtes Land der EU

Die Europäische Union befindet sich in einer tiefen Krise, vielleicht der größten seit den Römischen Verträgen und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1958. Die finanziellen Turbulenzen der vergangenen acht Jahre wirkten sich vor allem in den südeuropäischen Mitgliedsstaaten aus. Portugal und Spanien haben sich etwas erholen können, leiden aber nach wie vor unter einer enormen Jugendarbeitslosigkeit und strengen Austeritätsanforderungen. Griechenland ist wirtschaftlich nicht mehr in der Lage, sich in der Wirtschafts- und Währungsunion der Euro-Zone zu behaupten und kann nur mit horrenden Krediten im Bündnis gehalten werden.

Die Europäische Flüchtlingskrise führt seit spätestens Mitte 2015 vor Augen, dass eine europäische Identität genauso wenig ausgeprägt ist wie innereuropäische Solidarität. Der Schengen-Raum steht zur Disposition. Schweden, Dänemark und auch Österreich kontrollieren wieder ihre Schengen-Innengrenzen. Und auch in den kommenden Monaten werden wieder hunderttausende Migrant*innen Einlass nach Europa und Integration in das soziale Gefüge der jeweiligen Nationalstaaten erbitten. Ob im Hinblick auf die Übernahme von Kontingenten oder in Bezug auf einen gemeinsamen Grenzschutz – den Herausforderungen der Flüchtlingskrise wird man nur mit EU-weiten Ansätzen beikommen können. Letztlich werden die europäischen Nationalstaaten nur im Bündnis weiter im Konzert der Mächtigen dieser Welt mitspielen können. Im Januar 2016 wurde mit der Transpazifischen Partnerschaft das größte Freihandelsabkommen der Welt geschlossen. Die Volksrepublik China hat nach Bruttoinlandsprodukt (Kaufkraftparität) die Vereinigten Staaten als stärkste Wirtschaftsmacht der Erde überholt. Im Bündnis liegt die EU aber noch vor China und den USA. Länder wie Brasilien und Indien streben selbstbewusst nach einem Platz unter den globalen Führungsnationen und Russland ist zumindest militärisch und auch im Hinblick auf die eigenen Ressourcen noch immer ein ernstzunehmender global player.

Die Europäische Union konstituiert sich aus den Nationen und aus den Menschen, die in ihr vereinigt sind. Der Zuschnitt der Bevölkerung und die zu deren Zusammenhalt definierten Organisationsstrukturen determinieren direkt den wirtschaftlichen Erfolg. Die demografische Perspektive kann vor Augen führen, wie unterschiedlich die Herausforderungen innerhalb Europas sind, welche Regionen profitieren können und welche auf einen Ausgleich angewiesen sind. Es ist gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen sinnvoll, sich mit mittel- und langfristigen Projektionen zu befassen. Denn daraus wiederum lassen sich zentrale politische und gesellschaftliche Schlussfolgerungen ableiten. Im Folgenden wollen wir Ihnen einen Überblick zu den demografischen Projektionen innerhalb der EU ermöglichen.

In der Europäischen Union leben heute mehr als 500 Millionen Menschen. Die Bevölkerung der 28 Mitgliedsstaaten wird in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen – von 509 Millionen auf 526 Millionen Menschen im Jahre 2050. Nach derzeitigen Voraussagen wird kurz nach 2050 EU-weit die Trendwende hin zu einer nachhaltigen Schrumpfung einsetzen und die Gesamteinwohnerzahl wieder auf 520 Millionen sinken. Dies entspricht im Vergleich zu 2016 noch immer einem Zuwachs von etwa zwei Prozent.

Grundsätzlich zeigt sich EU-weit eine recht heterogene Entwicklung. Einige Staaten werden massiv an Einwohnern gewinnen, andere deutlich verlieren. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu letzterer Gruppe. Bereits im Jahr 2050 wird das Vereinigte Königreich und nicht mehr die Bundesrepublik das bevölkerungsreichste Land innerhalb der EU sein. Dann werden hierzulande 75 Millionen, im Vereinigten Königreich 77 Millionen und in der Republik Frankreich 74 Millionen Einwohner leben. Schon 2080 wird Deutschland deutlich hinter

Frankreich und Großbritannien auf den dritten Rang zurückgefallen sein. Dann werden zwischen Rhein und Oder nur noch 65 Millionen Menschen leben, in Frankreich dagegen 79 Millionen und im Vereinigten Königreich gar 85 Millionen.

Dem deutschen Minus von knapp 20 Prozent wird in Frankreich ein Zuwachs von 19 und im Falle des Vereinigten Königreiches gar von 32 Prozent gegenüberstehen. Spitzenreiter in dieser Statistik ist das kleine Luxemburg. Dort wird sich die Einwohnerzahl von 2015 bis 2080 mehr als verdoppeln.



Das Vereinigte Königreich wird ab dem Jahr 2050 Deutschland als bevölkerungsreichstes Mitgliedsland der EU ablösen.

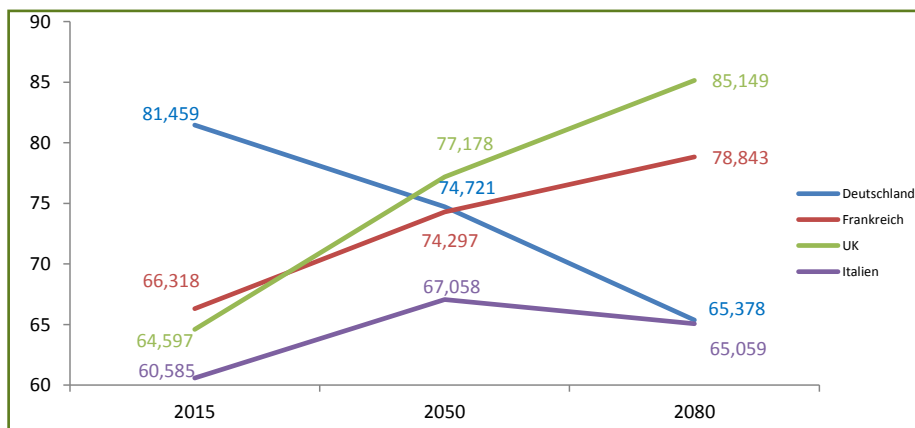
Das Großherzogtum hat heute 563.000 Einwohner, 2050 wird die Grenze von einer Million gerissen, 2080 werden es schon 1,3 Millionen sein. Unter den größeren EU-Mitgliedsstaaten hat Belgien die höchsten Zuwachsraten. Dort werden im Jahre 2080 vermutlich 16,6 Millionen Menschen leben, ein Plus von knapp 50 Prozent gegenüber dem Wert von heute. Für das Königreich Schweden lässt sich ein Anstieg von 45 Prozent erwarten. 2016 wird das Land die Zehn-Millionen-Grenze nehmen. Im Jahr 2080 werden dann etwas mehr als 14 Millionen Menschen in Schweden leben.

Die stärksten Einbrüche wird, in absoluten Zahlen gerechnet, die Bundesrepublik Deutschland hinnehmen müssen. Nach den aktuellen Prognosen von Eurostat werden 2080 mehr als 16 Millionen Menschen weniger in Deutschland leben als derzeit. Dieser absolute Wert übersteigt bereits die Einwohnerzahl der meisten EU-Staaten. Anteilig werden jedoch einige ost- und südeuropäische Länder noch gravierendere Rückgänge verkraften müssen. Ganz hinten liegt Litauen. Dort ist die Bevölkerungszahl seit 1993 von 3,7 auf nun 2,9 Millionen gesunken. Bis 2080 werden nur noch 1,8 Millionen Menschen in Litauen leben. Damit hätte sich die Einwohnerzahl im Vergleich zu 1993 mehr als halbiert.

Ein ähnlich dramatischer Rückgang wird auch beim nördlichen Nachbarn Lettland erwartet. Dort wird die Einwohnerzahl im Vergleich zu heute um 31,7 Prozent zurückgehen. Mit Portugal, Griechenland und Bulgarien finden sich im Süden/Südosten Europas drei weitere EU-Mitglieder, die mit Einbußen von um die 30 Prozent rechnen müssen. Daneben untertreffen nur noch die

Entwicklung der Einwohnerzahl in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

EU-Mitgliedsstaat	2015 in Mio.	2050 in Mio.	Trend	2080 in Mio.	Trend
Luxemburg	0,563	1,051	86,7 %	1,287	128,6 %
Belgien	11,151	14,759	32,4 %	16,614	49,0 %
Schweden	9,747	12,446	27,7 %	14,111	44,8 %
Zypern	0,873	1,035	18,6 %	1,253	43,5 %
Vereinigtes Königreich	64,597	77,178	19,5 %	85,149	31,8 %
Irland	4,595	4,965	8,1 %	5,896	28,3 %
Dänemark	5,660	6,417	13,4 %	6,792	20,0 %
Frankreich	66,318	74,297	12,0 %	78,843	18,9 %
Finnland	5,430	6,161	13,5 %	6,382	17,5 %
Malta	0,425	0,468	10,1 %	0,482	13,4 %
Österreich	8,670	9,747	12,4 %	9,562	10,3 %
Italien	60,685	67,058	10,5 %	65,059	7,2 %
Tschechien	10,522	11,073	5,2 %	10,998	4,5 %
Spanien	46,440	45,544	-1,9 %	47,599	2,5 %
Niederlande	16,829	17,398	3,4 %	16,718	-0,7 %
Slowenien	2,063	2,070	0,3 %	2,007	-2,7 %
Ungarn	9,909	9,350	-5,6 %	8,685	-12,4 %
Rumänien	20,122	17,974	-10,7 %	16,338	-18,8 %
Kroatien	4,285	3,828	-10,7 %	3,472	-19,0 %
Deutschland	81,459	74,721	-8,3 %	65,378	-19,7 %
Estland	1,313	1,131	-13,9 %	1,029	-21,6 %
Polen	38,486	34,842	-9,5 %	29,582	-23,1 %
Slowakei	5,421	4,870	-10,2 %	3,868	-28,6 %
Griechenland	10,816	9,134	15,6 %	7,698	-28,8 %
Bulgarien	7,202	5,781	-19,7 %	4,925	31,6 %
Lettland	1,978	1,454	-26,5 %	1,351	31,7 %
Portugal	10,602	8,863	-16,4 %	7,114	-32,9 %
Litauen	2,901	1,910	-34,2 %	1,842	-36,5 %
EU-gesamt	509,062	525,525	3,2 %	520,034	2,1 %



Entwicklung der Einwohnerzahlen in den vier größten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – in Mio.

Slowakei (-28,6 Prozent), Polen (-23,1 Prozent) und Estland (-21,6 Prozent) den deutschen Wert von minus 19,7 Prozent. Abgesehen von Polen zeigt sich bei den deutschen Nachbarn eine durchgehend positive bzw. stabile Entwicklung mit Zuwachsraten von etwa 50 Prozent (Schweiz, Belgien), um die 20 Prozent (Dänemark, Frankreich), um die zehn Prozent (Österreich), etwa fünf Prozent (Tschechien) oder null Prozent (Niederlande).

Geographisch beginnt damit in Deutschland – vielmehr in den Neuen Bundesländern – ein Korridor der Schrumpfung, der sich nach Polen ausweitet, in Richtung Nordosten das ganze Baltikum umfasst und sich in einem weiteren Strang nach Südosten hin über die Slowakei, Rumänien, Bulgarien bis nach Griechenland zieht.

Kein EU-Mitglied erreicht das Reproduktionsniveau

Demografische Entwicklungsprozesse kennen im Grunde nur drei Variablen – Fertilität, Wanderung und Lebenserwartung. Die sehr unterschiedlichen Trends innerhalb der Europäischen Union haben vor allem mit den ersten beiden Einflüssen zu tun. Grundsätzlich ist bei sonst stabilen Bedingungen eine Fertilität von mindestens 2,1 Kindern pro Frau vonnöten, um die Bevölkerungszahl nicht sinken zu lassen. Dieser Wert wird in keinem der EU-Mitgliedsstaaten erreicht. Die Republik Irland war im Jahre 1990 das letzte EU-Mitglied, das eine Fertilitätsrate über dem sogenannten Reproduktionsniveau erreichen konnte. Im Jahre 2014 war Frankreich das EU-Mitglied mit der höchsten Fertilität (1,99). Dahinter folgten Irland (1,96), Schweden (1,89) und das Vereinigte Königreich. Dabei beweisen Frankreich und Schweden, dass eine nachhaltige Familienförderung zu deutlichen Effekten führen kann.

Der EU-weite Mittelwert sinkt seit Jahrzehnten kontinuierlich und liegt aktuell bei 1,55 Kindern pro Frau. Die Bundesrepublik verfehlt

selbst diese Marge deutlich und gruppiert sich mit 1,39 Kindern pro Frau im letzten Drittel der EU-Mitglieder ein. Noch niedrigere Werte werden nur in Ungarn (1,35), der Slowakei (1,34), Griechenland und Zypern (1,3), Polen (1,29), Spanien (1,27) und Portugal (1,21) erzielt. Dies ist keine neue Entwicklung. Die Bundesrepublik weist seit den 1980er Jahren eine konstant

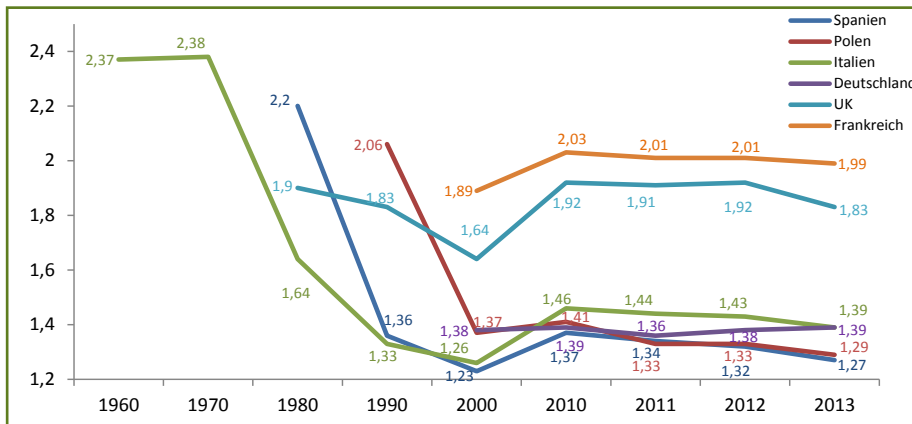
geringere Fertilität auf, als der Durchschnitt der Mitgliedsstaaten.

Grundsätzlich lässt sich eine leichte Proportionalität zwischen der Fertilitätsrate und der wirtschaftlichen Kraft formulieren. Schließlich liegen mit Portugal, Spanien, Zypern und Griechenland gleich vier Krisenländer auf den hintersten Rängen. Die acht EU-Mitgliedsstaaten mit dem niedrigsten Bruttosozialprodukt pro Kopf liegen allesamt unter dem europäischen Durchschnitt von 1,55. Unter den zehn wirtschaftsstärksten EU-Staaten liegen nur Deutschland und Österreich unter dem EU-Schnitt.

Die Kindersterblichkeit gibt den Anteil der Kinder an, die in den ersten zwölf Monaten nach der Geburt versterben. Im EU-weiten Durchschnitt erleben vier von tausend Kindern ihren ersten Geburtstag nicht. Den EU-weit besten Schnitt erzielen Luxemburg (1,58), Finnland (2,26), Italien (2,3) und Tschechien (2,46). Die Staaten mit der offenkundig besten Kleinkindversorgung sind also geographisch recht weit über die Union verteilt. Dahinter folgen mit Schweden

Entwicklung der Fertilitätsrate in den Staaten der Europäischen Union

EU-Mitgliedsstaat	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2013
Frankreich					1,89	2,03	1,99
Irland	3,78	3,85	3,21	2,11	1,89	2,05	1,96
Schweden		1,92	1,68	2,13	1,54	1,98	1,89
Vereinigtes Königreich			1,90	1,83	1,64	1,92	1,83
Finnland	2,72	2,25	1,63	1,78	1,73	1,87	1,75
Belgien	2,54	2,25	1,68	1,62	1,67	1,86	1,75
Niederlande	3,12	2,57	1,60	1,62	1,72	1,79	1,68
Dänemark	2,57	1,95	1,55	1,67	1,77	1,87	1,67
Litauen		2,40	1,99	2,03	1,39	1,50	1,59
Luxemburg	2,29	1,97	1,50	1,60	1,76	1,63	1,55
Slowenien				1,46	1,26	1,57	1,55
Estland	1,98	2,17	2,02	2,05	1,36	1,72	1,52
Lettland					1,25	1,36	1,52
Bulgarien	2,31	2,17	2,05	1,82	1,26	1,57	1,48
Tschechien	2,09	1,92	2,08	1,90	1,15	1,51	1,46
Kroatien						1,55	1,46
Österreich	2,69	2,29	1,65	1,46	1,36	1,44	1,44
Rumänien			2,43	1,83	1,31	1,59	1,41
Italien	2,37	2,38	1,64	1,33	1,26	1,46	1,39
Deutschland					1,38	1,39	1,39
Malta			1,99	2,04	1,70	1,36	1,38
Ungarn	2,02	1,98	1,91	1,87	1,32	1,25	1,35
Slowakei	3,04	2,41	2,32	2,09	1,30	1,43	1,34
Griechenland	2,23	2,40	2,23	1,40	1,27	1,47	1,30
Zypern				2,41	1,64	1,44	1,30
Polen				2,06	1,37	1,41	1,29
Spanien			2,20	1,36	1,23	1,37	1,27
Portugal	3,16	3,01	2,25	1,56	1,55	1,39	1,21
EU-gesamt						1,62	1,55



Entwicklung der Fertilitätsrate in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

(2,8), Griechenland (2,84), Slowenien (2,87) und Irland (2,93) ebenfalls jeweils ein westeuropäisches, nordeuropäisches, südeuropäisches und ein Land des ehemaligen Ostblocks. Deutschland liegt mit 3,1 im vorderen Mittelfeld. Insgesamt gruppieren sich allein 17 der 28 EU-Staaten in einem Korridor zwischen drei und

fünf Todesfällen pro tausend Kinder. Vergleichsweise schlecht schließt das Vereinigte Königreich ab (4,19). Abgeschlagen ganz am Ende der Liste finden sich die beiden südosteuropäischen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien. Hier liegt die Kindersterblichkeit bei annähernd zehn Fällen pro 1.000 Kinder.

Entwicklung der Kindersterblichkeit in den EU-Mitgliedsstaaten

EU-Mitgliedsstaat	1980	2015
Luxemburg	11,99	1,58
Finnland	6,50	2,26
Italien	12,93	2,30
Tschechien	14,81	2,46
Schweden	6,78	2,80
Griechenland	14,72	2,84
Slowenien	13,37	2,87
Irland	10,23	2,93
Spanien	10,35	2,93
Österreich	12,55	3,09
Deutschland	11,07	3,10
Estland	20,31	3,20
Frankreich	9,48	3,34
Portugal	20,34	3,29
Belgien	11,00	3,33
Niederlande	8,29	3,46
Dänemark	7,85	3,47
Litauen	18,35	3,76
Kroatien	18,25	3,95
Vereinigtes Königreich	10,84	4,19
Zypern	15,09	4,20
Polen	19,77	4,58
Ungarn	19,99	4,62
Malta	13,88	4,83
Slowakei	17,94	4,91
Lettland	18,50	6,49
Bulgarien	17,83	9,02
Rumänien	25,68	9,64
EU-gesamt	12,12	4

Vielfalt im Westen, Homogenität im Osten

Eine weitere zentrale Variable für die Bevölkerungsentwicklung sind die Wanderungsbewegungen – sowohl innerhalb der EU als auch darüber hinaus. Aktuell scheinen vor allem die Bundesrepublik Deutschland und das Vereinigte Königreich die größte Attraktivität für Zuwanderer zu entfalten. In die Bundesrepublik wanderten im Jahr 2013 annähernd 700.000 Menschen ein. Das war schon damals EU-weit der höchste Wert. Dahinter folgte das Vereinigte Königreich mit 526.000 Menschen. Werden die unterschiedlichen Einwohnerzahlen berücksichtigt, ergeben sich ähnliche Werte von Einwanderern pro tausend Einwohner im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik. Was Deutschland in den vergangenen Jahren von den in absoluten Zahlen dahinter rangierenden Staaten UK, Frankreich, Italien und Spanien unterschied, war die Tatsache, dass annähernd zwei Drittel der Einwanderer aus der Europäischen Union stammten.

Für das Vereinigte Königreich und Frankreich lag der Anteil der EU-Binnenmigranten bei lediglich 40 Prozent, für Spanien bei 35 und für Italien bei lediglich 30 Prozent. Dank der vergleichsweise sehr guten Konjunktur konnte die Bundesrepublik erstmals in ihrer Geschichte eine qualifizierte Einwanderung generieren. Gut ausgebildete Fachkräfte kamen insbesondere aus dem Süden und dem Osten der Union nach Deutschland. Dieser Trend hält bis heute an, wird allerdings deutlich überlagert von der spätestens 2014 massiv einsetzenden Flüchtlingskrise.

Schon 2014 sind in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 200.000 Asylerstanträge

gestellt worden. Dies war fast dreimal mehr als im Land mit den zweitmeisten Anträgen (Schweden). 2015 verzeichnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 1,1 Millionen Registrierungen. Das ist die höchste Zahl seit Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949. Europaweit entfallen die zweitmeisten Anträge auf das bevölkerungsmäßig verhältnismäßig kleine Schweden. Dort ist die Zahl der Asylbewerber pro Einwohner zwar noch etwas höher als hierzulande, doch es bleibt zu konstatieren, dass annähernd die Hälfte der Anträge innerhalb der EU in Deutschland gestellt werden. In den Prognosen von Eurostat zur Bevölkerungsentwicklung in der EU sind diese Effekte noch nicht berücksichtigt worden. Es ist zu vermuten, dass sich die aktuellen Entwicklungen auch langfristig auswirken werden.

Hinsichtlich des Ausländeranteils (Asylbewerber 2015 unberücksichtigt) liegt

Anteil der im Ausland geborenen Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

EU-Mitgliedsstaat	Absolut in Mio.	Relativ zur Gesamtbevölk.
Luxemburg	0,237	43,3 %
Zypern	0,191	22,3 %
Österreich	1,411	16,6 %
Irland	0,741	16,1 %
Schweden	1,532	15,9 %
Belgien	1,773	15,8 %
Estland	0,197	14,9 %
Lettland	0,271	13,5 %
Kroatien	0,568	13,4 %
Spanien	5,958	12,8 %
Vereinigtes Königreich	8,036	12,5 %
Deutschland	9,818	12,2 %
Niederlande	1,953	11,6 %
Frankreich	7,662	11,6 %
Griechenland	1,247	11,4 %
Slowenien	0,235	11,4 %
Dänemark	0,570	10,1 %
Malta	0,040	9,4 %
Italien	5,737	9,4 %
Portugal	0,859	8,2 %
Finnland	0,298	5,5 %
Litauen	0,137	4,7 %
Ungarn	0,447	4,5 %
Tschechien	0,396	3,8 %
Slowakei	0,235	3,2 %
Polen	0,620	1,6 %
Bulgarien	0,109	1,5 %
Rumänien	0,211	1,1 %
EU-gesamt	51,433	9,9 %



Luxemburg wird bis zum Jahr 2080 das mit Abstand höchste Bevölkerungswachstum aufweisen. Zudem verzeichnet das Großherzogtum EU-weit die höchste Ausländerquote.

Deutschland mit 12,2 Prozent im oberen Mittelfeld der EU-Mitgliedsstaaten. Die großen europäischen Nationen Spanien (12,8 Prozent), Vereinigtes Königreich (12,5 Prozent), Frankreich (11,6 Prozent) und die Niederlande (11,6 Prozent) liegen bei ähnlichen Werten. Österreich erreicht 16,6, Schweden 15,9 und Belgien 15,8 Prozent. Grundsätzlich lässt sich unterscheiden zwischen Einwanderern und indigenen Minderheiten. Zypern (22,3 Prozent), Estland (14,9 Prozent), Lettland (13,5 Prozent), Kroatien (13,4 Prozent), Slowenien (11,4 Prozent) und Griechenland (11,4 Prozent) verzeichnen jeweils einen Ausländeranteil von deutlich mehr als zehn Prozent. Allerdings spielt wirtschaftlich motivierte Migration in diesen Ländern kaum eine Rolle. Dafür findet sich in Estland und Lettland eine signifikante russische Minderheit, in Slowenien sind die Minderheitengruppen der Kroaten und Serben sehr präsent, in Zypern die der Griechen, in Kroatien die der Serben und in Griechenland die der Albaner. Den mit Abstand höchsten Migrantenanteil weist das Großherzogtum Luxemburg mit 43,3 Prozent auf.

Am Ende der Statistik finden sich die vergleichsweise homogenen Staaten Osteuropas. Polen liegt bei 1,6, Bulgarien bei 1,5 und Rumänien bei 1,1 Prozent. Tatsächlich ist Polen jedoch das homogenste Land Europas. Neben den zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden indigenen Minderheiten der Kaschuben und der Goralen gibt es kaum nennenswerte Minderheiten. In Rumänien ist die große ungarische Minderheit nahezu vollständig naturalisiert worden, in Bulgarien gilt Gleiches für die Roma

und für die bulgarischen Türken. Sie tauchen in der Statistik demnach nicht auf. Grundsätzlich sind die westeuropäischen Industriestaaten deutlich heterogener als die im Zuge der EU-Osterweiterungen in die Union aufgenommenen Staaten Mittel-/Osteuropas.

Die größte Einwanderergruppe innerhalb der Europäischen Union sind die Türken. Sie stellen in Deutschland und in den Niederlanden die größte Minderheit. Allein in der Bundesrepublik leben etwa zwei Millionen türkische Staatsbürger. Die Zahl der ethnischen Türken ist noch deutlich höher. Marokkaner repräsentieren in Belgien und in Spanien die größte Einwanderergruppe. Russen sind in den osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Bulgarien die größte Minderheit. Hier handelt es sich allerdings in der Regel nicht um Einwanderer, sondern um ethnische Minderheiten, die schon seit Jahrzehnten in den entsprechenden Ländern und Regionen siedeln. Auf den Rängen vier und fünf folgen Inder und Pakistanis, die im Vereinigten Königreich 800.000 bzw. 500.000 Menschen ausmachen. In Kontinentaleuropa ist deren Zahl deutlich geringer. Innerhalb der EU stellen die Polen die größte Migrantengruppe. Etwa 900.000 Polen leben in Deutschland, 700.000 im Vereinigten Königreich, 100.000 in Irland und 80.000 in Schweden. Auf Rang zwei folgen die Rumänen, die allein in Italien etwa eine Million registrierter Bürger ausmachen.

Grundsätzlich vollzieht sich in der Europäischen Union eine zunehmende Internationalisierung. Dies betrifft allerdings

vornehmlich die Industriestaaten westlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs.

Stetig wachsende Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist nach der Fertilität und dem Wanderungssaldo die Variable mit dem geringsten Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung. Allerdings ist die Lebenserwartung ein wichtiger Indikator für das Wohlstandsniveau und den sozialen Fortschritt in einer Region. Innerhalb der Europäischen Union liegen Spanien (83,2 Jahre), Italien (82,9 Jahre), Zypern (82,5 Jahre) und Frankreich (82,4 Jahre) auf den ersten Rängen. Die höhere gesellschaftliche Stabilität in Nordeuropa wird offenkundig von einem milderen Klima im Süden des Kontinents ausgeglichen.

Der erste Nicht-Mittelmeer-Anrainer im Ranking ist Schweden. Hier werden die Menschen im Schnitt 82 Jahre alt. Deutschland liegt mit 80,9 Jahren nur knapp über dem EU-weiten Schnitt von 80,6 Jahren. Das Vereinigte Königreich erreicht einen leicht besseren Wert (81,1 Jahre). Auf den hinteren Plätzen rangieren Litauen, Lettland, Rumänien und Ungarn. Diese Länder liegen zwischen fünf und sechs Jahren hinter dem EU-Schnitt. Litauen und Lettland sind die einzigen Staaten, in denen die Männer im Schnitt nicht einmal 70 Jahre alt werden. Litauen ist auch das Land, in dem mit 11,4 Jahren der Unterschied zwischen Männern und Frauen besonders stark ausgeprägt ist, doppelt so hoch wie im EU-Schnitt von 5,5 Jahren. Im Hinblick auf die Differenz zwischen der Lebenserwartung

Der Kommunalpolitiker®: Ihr kommunaler Internet-Lotse.

Die Situation

Wenn Sie im Internet kommunale Themen recherchieren, finden Sie eine gigantische Menge unsortierter Informationen.

Die Lösung

Der Kalender „Der Kommunalpolitiker®“ erscheint im 30. Jahrgang und ist – einmalig im deutschsprachigen Raum und patentrechtlich geschützt – ein kombiniertes Print- und Internet-Produkt:

Print

- Gedruckte Datenbank für Infos auf einen Blick und für die weitere Internetrecherche.
- Terminplaner und Notizbuch für beruflich vernetzte und elektronisch organisierte Entscheider, die für die Organisation ihres privaten Bereichs einen „Schutzraum“ außerhalb des „www“ benötigen.

Internet

- Unter www.kommunalpolitiker.de kann jeder Besitzer des Printkalenders mit einem speziellen Zugangscode die Dienste des kommunalen Internet-Lotsen nutzen: Adressen, Plattformen, Links.



Bestellen

Formular unter:
www.kommunalpolitiker.de



Der
KOMMUNALPOLITIKER®
2016 www.kommunalpolitiker.de

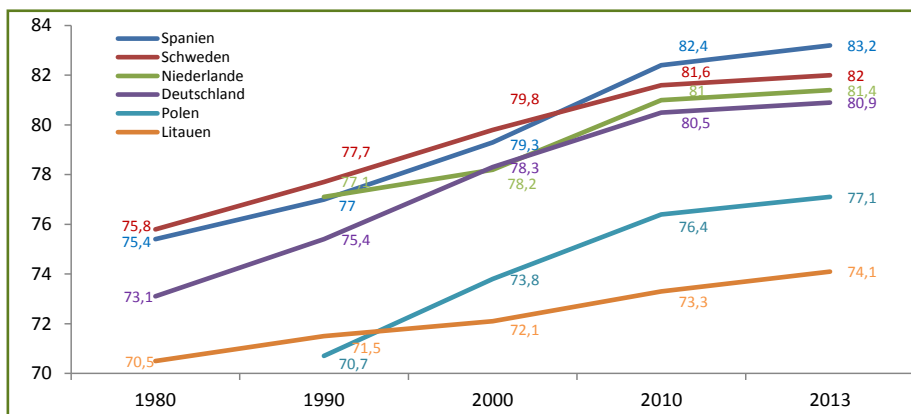
Entwicklung der Lebenserwartung in den EU-Mitgliedsstaaten

EU-Mitgliedsstaat	1980	1990	2000	2010	2013
Spanien	75,4	77,0	79,3	82,4	83,2
Italien		77,1	79,9	82,2	82,9
Zypern			77,7	81,5	82,5
Frankreich			79,2	81,8	82,4
Schweden	75,8	77,7	79,8	81,6	82,0
Luxemburg	72,8	75,7	78,0	80,8	81,9
Malta	70,4		78,4	81,5	81,9
Griechenland	75,3	77,1	78,2	80,6	81,4
Niederlande		77,1	78,2	81,0	81,4
Österreich	72,7	75,8	78,3	80,7	81,3
Finnland	73,7	75,1	77,8	80,2	81,1
Irland		74,8	76,6	80,8	81,1
Vereinigtes Königreich			78,0	80,6	81,1
Deutschland	73,1	75,4	78,3	80,5	80,9
Portugal	71,5	74,1	76,8	80,1	80,9
Belgien	73,3	76,2	77,9	80,3	80,7
Slowenien		73,9	76,2	79,8	80,5
Dänemark	74,2	74,9	76,9	79,3	80,4
Tschechien	70,4	71,5	75,1	77,7	78,3
Kroatien				76,7	77,8
Estland	69,5	69,9	71,1	76,0	77,5
Polen		70,7	73,8	76,4	77,1
Slowakei	70,4	71,1	73,3	75,6	76,6
Ungarn	69,1	69,4	71,9	74,7	75,8
Rumänien	69,2	69,9	71,2	73,7	75,2
Bulgarien	71,1	71,2	71,6	73,8	74,9
Lettland				73,1	74,3
Litauen	70,5	71,5	72,1	73,3	74,1
EU-gesamt				79,9	80,6

von Männern und jener von Frauen zeigt sich eine deutliche Ost-West-Verschiebung. Sämtliche osteuropäische Länder vom Baltikum über Polen, Tschechien, der Slowakei bis hin nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien liegen teilweise deutlich über dem EU-Schnitt. Am geringsten ausgeprägt ist das Delta zwischen Männern und Frauen in Schweden (3,6 Jahre),

im Vereinigten Königreich (3,7 Jahre) und in Dänemark (4,1 Jahre).

Am ältesten werden die Männer in Italien (80,3 Jahre). Über einem Schnitt von 80 Jahren liegen sonst nur Schweden und Spanien (80,2 Jahre) sowie Zypern (80,1 Jahre). Die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen ist in Spanien (86,1 Jahre) am höchsten. Daneben



Entwicklung der Lebenserwartung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

liegen lediglich Frankreich (85,6 Jahre), Italien (85,2 Jahre) und Zypern (85 Jahre) über der Marge von 85 Jahren. Am geringsten ist die Lebenserwartung von Frauen in Bulgarien (78,6 Jahre). Danach folgen Rumänien (78,7 Jahre), Lettland (78,9 Jahre) und Ungarn (79,1 Jahre).

Allein in den sechs Jahren seit 2010 ist die Lebenserwartung innerhalb der Europäischen Union um 0,7 Jahre gestiegen. In Deutschland werden die Menschen heutzutage knapp zweieinhalb Jahre älter als noch 2000. Im Vergleich zu 1980 hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung hierzulande um fast acht Jahre erhöht.

Weitere Konzentration entlang der „Blauen Banane“

Die Projektionen zur Bevölkerungsentwicklung innerhalb der EU verheißen recht heterogene Entwicklungen. Bezogen auf die EU in ihrem aktuellen Umfang wird sich die Einwohnerzahl in den kommenden hundert Jahren bei um die 500 Millionen einpendeln. Die Europäische Union befindet sich in einer Phase der Stagnation, die bis 2050 in eine nachhaltige Schrumpfung übergehen wird. Schreibt man die Eurostat-Prognosen über 2080 fort, so ist zu erwarten, dass um das Jahr 2100 wieder die heutige Einwohnerzahl von 509 Millionen erreicht wird.

Seit 1960 gleichen sich Geburten und Sterbefälle innerhalb der Europäischen Union zunehmend aneinander an. In den 1990er Jahren war der Geburtenüberschuss nur noch marginal, hat sich nach der Jahrtausendwende jedoch wieder leicht ausgeweitet. Das noch immer anhaltende Wachstum verdankt die Europäische Union allerdings hauptsächlich einer kontinuierlichen Einwanderung. Einzig Irland und Frankreich gelingt es, die Bevölkerung allein über den natürlichen Wandel aus Geburten und Sterbefällen stabil zu halten. Belgien, Luxemburg, Schweden, Österreich, das Vereinigte Königreich, Dänemark, Deutschland, Italien, Tschechien und Finnland profitieren teilweise erheblich von einem positiven Einwanderungssaldo.

Die Wanderungsgewinne gehen allerdings zumindest teilweise auf Kosten anderer Mitgliedsstaaten. Angesichts ohnehin schon niedrigerer Geburtenraten wird das demografische Problem in Osteuropa durch die massive Abwanderung gen Westen deutlich verschärft. So werden sich im Baltikum, in Polen oder in Bulgarien dramatische Schrumpfungsprozesse vollziehen. Die bis zum Jahr 2080 prognostizierten Verluste liegen zwischen einem Fünftel bis hin zu mehr als einem Drittel der derzeitigen Bevölkerung. Gleiches gilt für einige südeuropäische Staaten wie Portugal oder Griechenland. Bei den genannten Ländern

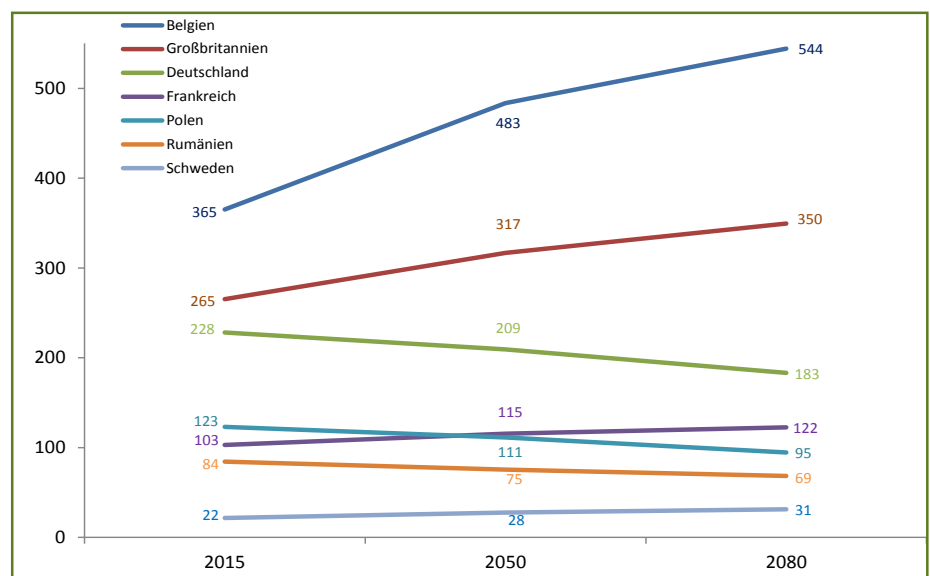
Entwicklung der Bevölkerungsdichte in den EU-Mitgliedsstaaten

EU-Mitgliedsstaat	Fläche in km ²	Einwohner/km ² 2015	Einwohner/km ² 2050	Einwohner/km ² 2080
Malta	316	1.344	1.481	1.525
Niederlande	41.543	406	419	402
Belgien	30.528	365	483	544
Vereinigtes Königreich	243.610	265	316	349
Deutschland	357.021	228	209	183
Italien	301.338	201	223	216
Luxemburg	2.586	218	406	498
Tschechien	78.866	133	140	139
Dänemark	43.074	131	149	158
Polen	312.685	123	111	95
Portugal	92.390	115	96	77
Frankreich	643.801	103	115	122
Slowakei	49.035	111	99	79
Ungarn	93.030	107	101	93
Slowenien	20.273	102	102	99
Österreich	83.855	103	116	114
Zypern	9.251	94	112	135
Spanien	504.030	92	90	94
Rumänien	238.391	84	75	69
Griechenland	45.227	81	69	58
Kroatien	56.594	76	68	61
Bulgarien	110.994	65	52	44
Irland	70.273	65	71	84
Litauen	65.200	44	29	28
Lettland	64.589	31	23	21
Estland	45.227	29	25	23
Schweden	449.964	22	28	31
Finnland	338.424	16	18	19
EU-gesamt	4.325.782	118	121	120

werden die geschilderten Entwicklungen nicht nur mit sinkenden Bevölkerungszahlen, sondern auch mit einer massiven Überalterung sowie mit dem deutlichen Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen einhergehen. Dies führt mittelfristig zu signifikanten Produktivitäts- und Wettbewerbsfähigkeitseinbußen.

Wird das innereuropäische Konkurrenzverhältnis zwischen verschiedenen EU-Staaten ins Kalkül gezogen, zeigen sich die Effekte noch dramatischer. Die Verluste der einen sind die Gewinne der anderen. Allerdings zeigen die jüngsten Entwicklungen in der Republik Polen, dass sich massive Abwanderung und wirtschaftliche Prosperität nicht ausschließen müssen. Unter den richtigen Rahmenbedingungen kann das eine gar als Impulsgeber für das andere wirken. Grundsätzlich jedoch werden sich auch im europäischen Maßstab die bestehenden Disparitäten weiter vertiefen. Hier lässt sich eine ähnliche Entwicklung ableiten, wie sie sich zwischen den strukturschwachen Regionen der Neuen Bundesländer sowie den prosperierenden

Metropolregionen an Rhein, Ruhr, Main, Neckar und Isar in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten vollzogen hat.



Entwicklung der Bevölkerungsdichte in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Schon heute liegen die Siedlungsschwerpunkte innerhalb der Europäischen Union abseits der mittel-/osteuropäischen Regionen. Einzig Warschau, Krakau und Prag verheißen für die kommenden Jahre einige Wachstumspotentiale. Die übrigen Metropolregionen der EU-Staaten Mittel-/Osteuropas werden bestenfalls stagnieren und der weite ländliche Raum dazwischen wird deutlich an Einwohnern und wirtschaftlicher Potenz verlieren.

Der Begriff „Blaue Banane“ wurde vom französischen Geographen Roger Brunet entwickelt. Bezeichnet wird ein Siedlungsraum, der sich von den mittellänglichen Industriezentren über die Metropole London, die niederländische Metropolregion Randstad, Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Stuttgart/München über die schweizerischen Alpen bis hin nach Norditalien (Mailand/Turin) zieht. Hier leben mehr als 100 Millionen Menschen – also etwa jeder fünfte EU-Bürger. Die Blaue Banane wird die Hauptentwicklungsachse der Europäischen Union bleiben. Einzig für das mittlere Glied Rhein-Ruhr wird eine mittelfristige Schrumpfung vorhergesagt. Die englischen Entwicklungsräume von Liverpool über Birmingham bis London werden dagegen weiter wachsen. Gleiches gilt für die Metropolregionen der Benelux-Staaten von Randstad (Amsterdam, Rotterdam, Utrecht, Den Haag) über Brüssel nach Luxemburg. Rhein-Main sowie der Raum Stuttgart/München werden bis auf weiteres die bundesdeutschen Entwicklungskerne bleiben.

Dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz und hier vor allem den wirtschaftlichen Zentren Basel, Zürich und Bern sagen die Daten des Europäischen Statistikamtes Eurostat rasante Wachstumsprozesse vorher. Danach wird die Einwohnerzahl der Schweiz bis ins Jahr 2080 um mehr als 40 Prozent wachsen. Für Norditalien,



Frankreich ist das Land mit der höchsten Fertilität in der EU. Die Einwohnerzahl Frankreichs wird ab den 50er Jahren dieses Jahrhunderts die der Bundesrepublik übersteigen.

dem südlichen Ende der Blauen Banane, lässt sich ebenfalls mit einem signifikanten Wachstum rechnen, sodass der zentrale Siedlungsraum innerhalb der EU und innerhalb Europas diesen Status in den kommenden Jahrzehnten weiter ausbauen wird. Die Siedlungsdichte in diesem Bereich ist heute schon hoch und wird sich bis ins Jahr 2080 noch deutlich erhöhen.

Das Konzept der Blauen Banane wird auch in hundert Jahren noch den Siedlungsschwerpunkt Europas symbolisieren können. Kleinere Adaptionen an neuere Entwicklungen könnten darin bestehen, dass die Banane auf der Höhe Rhein-Ruhr nicht nur nach Nordwesten abknickt, sondern einen weiteren Strang ausbildet, der sich in nordnordöstlicher Richtung über Hamburg bis

in die Öresundregion um Kopenhagen und Malmö fortsetzt. Zudem müsste das Konzept in Zukunft auch die Metropolregion Paris inkorporieren. Die Ile de France wird neben London die größte Wachstumsregion innerhalb der EU sein. Für das Jahr 2050 rechnet Eurostat mit einer Einwohnerzahl im Ballungsraum von mehr als 15 Millionen. Galten bislang Rhein-Ruhr, London und Paris als größte Metropolregionen der Europäischen Union, werden dies in Zukunft nur noch London und Paris sein. Rhein-Ruhr wird sich im globalen Vergleich zu einer mittleren Metropolregion zurückentwickeln.

Während die heute schon dicht besiedelten Staaten West-/Mitteleuropas weiter Einwohner gewinnen werden, wird der derzeit schon vergleichsweise dünn besiedelte Raum zwischen Ostsee und Balkan noch weiter entleert. Die Unterschiede zwischen den östlichen und den westlichen Mitgliedsstaaten werden sich im Hinblick auf die Siedlungsdichte weiter vertiefen. Wie auch heute schon, wird die Siedlungsdichte stark mit der Heterogenität der jeweiligen Gesellschaften korrelieren. Je urbaner und prosperierender ein Raum, desto größer die ethnische und kulturelle Vielfalt. ■

Angemerkt

Die Starken werden stärker und die Schwachen schwächer, bestehende Disparitäten werden sich vertiefen. EU-weit zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie sie auch in der Nach-Wende-Bundesrepublik beobachtet werden konnte. Strukturschwache Regionen im Osten bilden einen Pool von Arbeitskräften für prosperierende Wachstumskerne im Westen. Sowohl in Deutschland als auch im Rahmen der EU stellt sich die Frage, wie politisch auf solche Projektionen zu reagieren ist. Macht es Sinn, gegen den zumindest mittelfristig nahezu sicher vorhersagbaren demografischen Wandel anzuschubventionieren? Und wenn ja, worin liegt das richtige Maß zwischen einer EU-weit vergleichbaren Befriedigung grundlegender Bedürfnisse und der Förderung zentraler Wachstumskerne. Leider werden sich in der derzeitigen politischen Verfassung der Europäischen Union diese Herausforderungen nicht angemessen bewältigen lassen. Vielleicht können aber gerade die aktuellen Krisen Impulse zu einer nachhaltigen Reform von Strukturen liefern. Vielleicht lassen sie in den europäischen Nationalstaaten die Erkenntnis reifen, dass mit nationalen Egoismen und Alleingängen kein supranationaler Staat zu machen ist.



Falk Schäfer



<http://ec.europa.eu/eurostat>
www.bpb.de